

Bezugspreis
monatlich 20.
in der Geschäftsstelle 35000.—
in den Ausgabestellen 30000.—
durch Zeitungsboten 37000.—
am Postamt 35910.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 45 000 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher
2273, 3110.

Tele.-Adr.: Tageblatt Polen.

Postfachkonto für Polen: Nr. 200288 in Polen.
Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens... 1500.— M.
Reklameteil 4000.— M.

Für Aufträge
aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 1500.— p. M.
in deutscher Währung nach Kurs. Reklameteil 4000.— p. M.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsunterbrechung oder Auslieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Von der Politik Englands.

Die Frage, wie die jetzige Haltung Englands Frankreich gegenüber zu beurteilen ist, und wie diese Haltung sich voraussichtlich später gestalten wird, ist von der Presse Westeuropas in der letzten Zeit wiederholt erörtert worden. Jetzt ist in der römischen „Idea Nazionale“ in einem Aufsatz „England und das europäische Problem“ zu lesen:

„Deutschland war bis 1914 politisch und wirtschaftlich in Europa und außerhalb zu rasch und zu furchtbar gewachsen, um dem englischen Geschäftsimperialisismus nicht als Bedrohung erscheinen zu müssen. Mit dem Kriege von 1914, welcher Deutschland zur Hegemonie verhelfen und seine Konkurrenz unwiderstehlich machen konnte, wurde die Bedrohung unmittelbar und ging aus. Deshalb hat England sich auf die Seite der Feinde Deutschlands gestellt und die Waffen nicht eher niedergelegt, als bis dieses am Boden lag und als Konkurrent ausgeschaltet war. Den Besiegten wurden sofort Kriegs- und Handelsflotte und das afrikanische Kolonialreich weggenommen; sie wurden aus der Bagdadbahn und den anderen anatolischen Bahnen ausgeschlossen, die Wege zum Schwarzen Meer, zur Donau wurden ihnen abgeschnitten. Außerdem ließ England Deutschland einen solchen Reparations Tribut auferlegen, daß es in seiner Industrie und seiner gesamten Wirtschaft lahmgelegt wurde; es gestattete, daß Deutschland im Osten und Westen verarmte, um die Gefahr eines zu schnellen Wiederaufstieges zu beseitigen. Mit allem diesem waren die imperialistischen Kriegsziele Englands ebenso umfassend wie gründlich erreicht.“

Als dann aber Frankreich auf jede Weise noch weiter gehen wollte, hat das englische Interesse nach und nach sich gänzlich umgekehrt. Und wirklich: was bedeutete das französische Programm einer systematischen Zerstörung der noch übriggebliebenen deutschen Macht anders als die Zerstörung jenes europäischen Gleichgewichts, das von England im Kriege gegen Deutschland verteidigt worden war? Sollte England jetzt etwa jenes Streben nach militärischer, wirtschaftlicher und politischer Kontinentalhegemonie zugunsten Frankreichs unterstützen, das man Deutschland gegenüber rücksichtslos zerstört hatte? Und konnte England zugeben, daß durch den Verfall Deutschlands, dem der Verfall von ganz Mitteleuropa und Osteuropa folgen müßte, die besten und nächsten Handelsmärkte vernichtet würden, was eine Verewigung der sozialen Krise und der Arbeitskrise bedeuten würde, unter der England schon heute leidet? Die englische Politik sollte also gar nicht anders, als sich mit voller Überzeugung der französischen Politik einer äußersten Fortsetzung des Krieges entgegenstellen. Da aber diese französische Politik mit kämpferischer Starchheit nur die letzten Konsequenzen der alten offiziellen Ententeformeln zog, das heißt der deutschfeindlichen Mythen, die während des Krieges von England selbst angewandt und im Versailler Vertrag unterzeichnet worden sind, so konnte England sich gegenüber der öffentlichen Weltmeinung und auch der langsamen Meinung in England selbst nicht einmal verleugnen, — es konnte sich der französischen Politik nicht anders widerlegen als verheimlicht, indirekt durch Obstruktion und erst später nach und nach entschlossener, offener. Und genau so ist die englische Politik denn auch vorgegangen. Sie hat erst den Franzosen die Rheingrenze und den Garantiepakt verweigert, dann die neuen Befehle verurteilt. Der Weg führt von dem diplomatischen Kampf Englands um Oberschlesien und dem „Revisionismus“ Lloyd Georges zu den Wiederaufbauplänen in Genoa, von dem Antrag, die deutsche Schuld herabzusetzen, zu einem beantragten Moratorium, von der systematischen Mobilisierung der Weltmeinung zu dem Genuaboranschlag Bonar Law, von der letzten entschiedenen Verurteilung des Ruhrunternehmens zu der jetzigen diplomatischen Schlacht... und es ist sicher, daß der Wille des englischen Volkes über die Unsicherheiten seiner Regierung siegen wird. Dann wird die englische Politik in eine neue, entscheidende französischfeindliche Phase eintreten. Sie wird für eine noch nicht abzuschätzende Dauer zu dem traditionellen Gegensatz zu Frankreich zurückkehren, der nur durch die drängendere, gefährlichere Drohung durch die deutsche Übermacht auf eine gewisse Zeit hat unterbrochen werden können.“

Englands Politik gegenüber dem Problem „Europa“, und besonders Englands Bündnispolitik, ist in ihrem Wesen und in ihren Zielen vollkommen klar. England war nie eine längere Zahl von Jahren hindurch Verbündeter eines Staates. Sein Bundesgenosse wurde immer der, mit dem zusammen es mit Erfolg einer europäischen Macht entgegenzutreten konnte, deren Erstarkung ihm, England, für das europäische Gleichgewicht gefährlich zu werden schien, oder einer Flotte, deren Konkurrenz unerwünscht für die englische Flotte erscheinen konnte. Beispiele bietet die Geschichte genug. Die beiden jüngsten: Als man in Deutschland nach Annahme des Flottengesetzes (1900) mit Energie an die Schaffung einer starken Schlachtflotte ging, führte das zu einem Umschwung der bis dahin wohlwollenden Stimmung in England gegenüber Deutschland und zum Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses, und die Entstehung des Dreibundes Deutschland, Österreich, Italien, dem das russisch-französische Bündnis nicht gewachsen sein konnte, hatte die englisch-französische Annäherung und die „Entente cordiale“ zur Folge.

Jeder europäische Verbündete Englands, dessen Macht auf dem Kontinent auf dem Wege ist, eine Vormacht zu werden, wird eben dadurch Englands Gegner.

Es ist möglich, daß dieser Umschwung auch jetzt wieder sich vorzubereiten beginnt.

Eine wichtige Entscheidung im Haag.

Das Oberste Schiedsgericht im Haag hat nach Prüfung der ihm vorgelegten Angelegenheit der deutschen Ansiedler in Polen entschieden, daß das Vorgehen der polnischen Regierung gegen einige dieser Ansiedler zum Zuständigkeitsbereich des Völkerbundes gehört und mit den internationalen Verpflichtungen Polens nicht in Einklang zu bringen ist.

Vor Verhandlungen zwischen Berlin und Paris?

Aus Berlin wird gemeldet:

Die Gerüchte über eine Fühlungnahme zwischen Paris und Berlin verdichten sich immer mehr zu ganz bestimmten Meldungen. Es bestätigt sich, daß Reichskanzler Dr. Stresemann mehrfach mit dem französischen Votschaffer in Berlin Fühlung genommen hat. Man weiß jedoch darauf hin, daß es sich hier nicht um Außerordentliches handelt. Auch zu Zeiten des Kabinetts Cuno hat mehrfach eine Fühlungnahme zwischen dem damaligen Außenminister von Rosenberg, dem Staatssekretär von Rath und dem französischen Votschaffer stattgefunden. Es ist selbstverständlich, daß in diesen Besprechungen mit dem Kanzler Stresemann die politische Lage besprochen worden ist und insbesondere die sich eventuell bildenden Lösungsmöglichkeiten für die gegenwärtig schwebende Frage. Auch hierbei ist von französischer Seite mehrfach der Wunsch zu erkennen gegeben worden, daß der Votschafterposten in Paris (und auch der in Brüssel) wieder besetzt werden möge. Es besteht wohl kaum ein Zweifel darüber, daß diesem französischen Wunsch demnächst stattgegeben werden wird. Wenn auch offizielle Verhandlungen über die Revision des Votschafter mit Frankreich bisher noch nicht stattgefunden haben und auch innerhalb des Kabinetts diese Frage noch völlig ungeklärt ist, so kann man dennoch annehmen, daß alsbald ein deutscher Votschafter für Paris ernannt werden wird.

Unrichtig ist dagegen, daß das Kabinett beabsichtigt, eine neue Reparationsnote nach Paris und Brüssel zu entsenden, um hier die angebotene Garantie zu erweitern. Meldungen, die davon zu berichten wissen, daß der Kanzler das deutsche Garantieangebot erweitern wird, sind vorerst noch unbefätigt. Auf alle Fälle dürfte das Kabinett dem französischen Wunsch, an Frankreich die Mehrheit des deutschen Aktienbesitzes mit mindestens 52 Prozent auszuliefern, keinesfalls stattgeben. Wenn das Kabinett dieser Frage auch grundsätzlich nicht abgeneigt zu sein scheint, so dürfte eine Verteilung am deutschen Aktienbesitz über 30 Prozent wohl nicht in Frage kommen.

Die Meldungen darüber, daß der Kanzler und einige Kabinettsmitglieder mit dem Vorsitzenden des Garantiefomitees, Professor Ganguin, verhandelt haben, werden von deutscher Seite weder dementiert noch bestätigt, so daß man bei der Beurteilung dieses Gerüchtes zunächst Vorsicht bewahren muß.

Verhandlungsbereit, aber fest.

Der deutsche Reichsminister des Innern, Dr. Sollmann, empfing eine Abordnung der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit und machte

ihr gegenüber folgende Ausführungen, die, wie er sagte, auch die Ansicht des Reichskanzlers und Außenministers Stresemann wiedergeben:

„Der Kernpunkt der augenblicklichen Lage ist eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Selbstverständlich unter Mitwirkung der übrigen Entente-Staaten. Alles andere ist von sekundärer Bedeutung. Wir Sozialisten haben uns seit vier Jahren bemüht, diesen Gedanken in Deutschland populär zu machen. Ich will keine Anschuldigungen erheben. Wir wissen, daß in Deutschland Fehler gemacht worden sind, aber auf der anderen Seite haben unsere sozialistischen Bemühungen in Frankreich kein Echo gefunden. Die französische Politik hat besonders seit der Ruhrinvasion nicht die Sozialisten und Pazifisten, sondern die Nationalisten gefördert. Soll nicht ganz Mittel-europa gefährdet werden, so müssen wir jetzt sehr bald zu einer Verständigung mit Frankreich kommen. Wir Sozialisten sind nur nach schweren Bedenken in die gegenwärtige Regierung eingetreten, und zwar mit dem festen Entschluß, das Ruhrunternehmen zu revidieren. Die Grundgedanken der Reichsregierung, besonders des Reichskanzlers Stresemann, haben der Welt gezeigt, daß in der Außenpolitik eine aktive Wendung eingetreten ist. Wir sind bereit und gewillt, jede Vereinbarung mit der Entente und besonders mit Frankreich einzugehen, die uns die Sicherheit gibt, daß das Ruhrgebiet und die Rheinlande nicht nur nicht von Deutschland losgetrennt werden, sondern demnächst wieder vollkommen der deutschen Verfügungsgewalt zu Gebote stehen. Wir sind uns bewußt, daß dies nicht durch Rede und Verträge, sondern nur durch eine große Anspannung der deutschen Wirtschaft geschehen kann. Wir sind gern bereit, dieses zu tun, aber nicht — und keine deutsche Regierung kann das — auf irgendeine Bedingung einzugehen, die eine Zerstörung des Reiches bedeutet. Wir wollen Frankreich neben Reparationen auch jede für uns erträgliche Sicherheit gegen einen neuen Krieg am Rhein gewähren, nicht aber eine Separation in irgendeiner Form zulassen. Jedes einzelne Mitglied des jetzigen Kabinetts ist frei von Nationalismus. Wir sind Deutsche und wollen die Einheit des Reiches. Aber jeder Chauvinismus und jede Verheißung wird von uns abgelehnt und bekämpft. Wir erkennen die Niederlage Deutschlands als eine historische Tatsache des Sommers 1918 an und ziehen die Konsequenzen aus ihr. Aufgabe der französischen Regierung ist es, diese Tatsache, aus der unter Wille zu großen Reparationen entspringt, dem deutschen Volke nicht durch unnütze Demütigungen unerträglich zu machen.“

Auf dem Wege zu Deutschlands Gesundung.

Sofortige Gründung der Goldnotenbank.

Am Montag trat das deutsche Reichskabinett zur abschließenden Beratung über die Einführung einer neuen Währung zusammen. In dieser mehrstündigen Sitzung beschloß die Reichsregierung die sofortige Gründung einer Goldnotenbank. Diese Goldnotenbank soll gegenüber den Reichsfinanzen völlig unabhängig sein, jedoch in gewisser organischer Verbindung mit der Reichsbank stehen. Man hofft, daß nach der Gründung der neuen Bank sich auch Möglichkeiten einer ausländischen Beteiligung ergeben werden. In der Frage, welche Bezeichnung die neue Währung führen wird, ist eine Entscheidung noch nicht gefallen. Die notwendigen Vorarbeiten werden mit größter Beschleunigung in Angriff genommen und durchgeführt werden. In den nächsten Tagen werden weitere Besprechungen mit der Bankwelt stattfinden.

Eine „Kontomark“ = 1/10 Dollar.

Unabhängig von der Schaffung eines neuen Zahlungsmittels hat die deutsche Reichsbank beschlossen, eine Kontomark zu schaffen, die aber aus dem Kontantenverkehr und aus dem kleineren Geschäftsverkehr gänzlich herausgenommen ist. Die Kontomark wird über den Betrag von 10 Cents, also den zehnten Teil eines Dollars, lauten. Gutschriften für die Kontomark werden in erster Linie aus den der Reichsbank überlassenen Devisen gemacht werden.

Das neue Zahlungsmittel kommt nur für ganz große wirtschaftliche Betriebe in Frage, da der Mindestbetrag der ersten Gutschrift aus eingezahlten Devisen auf 100 000 Kontomark, also 10 000 Dollar, festgesetzt ist. Bei dem heutigen Kurse von 50 Millionen für den Dollar handelt es sich um einen Gegenwert von 500 Milliarden Papiermark, und es ist klar, daß die Reichsbank damit rechnet, derartige Beträge nur von Großindustriellen oder Exportfirmen zu erhalten.

Eine Prämie wird denjenigen, die Devisen auf Kontomark abliefern in der Art gewährt, daß sie gleichzeitig mit der Devisenabgabe 25 Prozent des Betrages in Papiermark zum jeweiligen Tageskurs einzahlen können. Über die Guthaben in Kontomark kann nur auf dem Wege des Girokontoverkehrs oder des Schecks verfügt werden, doch muß ein Mindestguthaben von 5 Prozent stets bei der Reichsbank verbleiben. Vorläufig werden Girokonten und Kontomark nur bei der Berliner Zentrale der Reichsbank eingerichtet. Die Ausdehnung auf die Filialen dieses Instituts in der Provinz ist erst für später geplant.

Wie hat es Österreich gemacht?

Der Vertreter des Völkerbundes in Wien, Dr. Zimmermann, hat in einem Interview dem Korrespondenten der „Information“ in Genf erklärt, daß die finanzielle und wirtschaftliche Reorganisation Österreichs ein gutes Beispiel für Deutschland sei. Auf die Frage des französischen Journalisten, ob das in Österreich angewandte Hilfssystem auch für Deutschland passen würde, antwortete Zimmermann: „Ohne jeden

Zweifel.“ Freilich könne jetzt nicht mehr darauf gehofft werden, die Mark zu stabilisieren; sie sei zu tief gesunken. Aber wenn man über diese Frage hinwegkommen könne, dann werde sich Deutschland finanziell und wirtschaftlich weit schneller erholen als Österreich. „Die gleiche Operation, die in Österreich vorgenommen worden ist, würde in Deutschland einen Erfolg haben, der die Welt überraschen müßte. Durch die Entwertung des Geldes ist die innere Schuldschuld Deutschlands beinahe auf Null gesunken. Die Anleihen, welche 1914 der Staat, die Städte, die Eisenbahnen und die Industrieunternehmen aufgenommen haben, kosten heute in Wirklichkeit fast nichts mehr, aber die Anteilsscheine haben ihren Wert in Gold behalten. Der Staat und die Städte haben keine Schuld innerhalb Deutschlands mehr, sie haben sich von jeder Schuldenlast befreit. Dazu kommt, daß Deutschland sein Militärbudget nicht mehr aufzubringen hat, das noch viel größer war als das österreichische.“ Eslinge wie ein Widerspruch, aber auf das Wesentliche zurückgeführt, sei die finanzielle Situation besser als im Jahre 1914. Deshalb würde der Marsch nach aufwärts verläufig sein, sobald der Ausgabenetat eingeschränkt und die Einnahmen vermehrt seien. „Alle unsere Voraussetzungen für Österreich haben sich als viel zu pessimistisch erwiesen. Ein Land wie Deutschland mit seinem kapitalistischen Wesen und seiner Talraft muß sich sehr rasch erholen, sobald es von seinen Lasten befreit ist.“ Zimmermann gibt dann die Gründe für die schnelle Erhebung Österreichs an, unter denen die Energie und das Geschick des Kanzlers Seipel zuerst genannt werden. Der Erfolg der internationalen Anleihe sei der beste Beweis für die Wiederherstellung des österreichischen Kredits. „Dieser Erfolg beweist, daß der vom Völkerbund ausgearbeitete Plan internationaler Garantien der größten Entwicklung fähig ist.“ Eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Stärkung des österreichischen Kredits bestand in der Verhütung der Kapitalflucht. Das bedeutet im Grunde nichts anderes, als das Erwachen des Selbstvertrauens im Lande. Alle Dekrete und Gesetze waren wirkungslos. Nur durch die konsequente Einwirkung auf das Vertrauen des Bürgertums und durch das Erwecken des Glaubens an die eigene Kraft kann verhütet werden, daß Kapital ins Ausland verschleppt wird.“

Dazu schreibt das „Berl. Tagebl.“: „Die Worte des Herrn Zimmermann enthalten manche Wahrheit, aber er vergißt zu sagen, auf welche Weise in Deutschland der Ausgabenetat eingeschränkt und die Einnahmen vermehrt werden sollen, so lange das Arbeitsfeld des Ruhrgebiets dem Lande genommen ist und die Befehlsgewalt mehr Milliarden verschlingen als die Reparationen. Die Sanierung Österreichs kann von Deutschland nicht als ein gutes Beispiel angesehen werden. Österreich konnte „saniert“ werden, weil es, nachdem es sich unter internationale Kontrolle gestellt hat, starke ausländische Goldkredite erhielt. Deutschland hat solche Kredite nicht erhalten, und ohne sie würde sogar die Tatkraft eines Herrn Zimmermann erfolglos sein.“

Herr Pastor Willigmann hat das Wort.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Lissa, den 11. September 1923.

An die Schriftleitung des „Posener Tageblattes“
Polen.

Eben lese ich den Leitartikel der heutigen Zeitung („Stimmungsmache“, Nr. 205 vom 11. 9. 23). Ich soll nach dem „Kurjer Pznanstki“ in öffentlicher Versammlung als Ziel des Deutschumsbundes die Losreißung der Westmarken Polens und ihre Angliederung an das Deutsche Reich gefordert haben. Das ist, wie so manches, was der „Kurjer Pznanstki“ schreibt, völlig aus der Luft gegriffen. Hätte ich das oder ähnliches je gesagt, würde bei der Heiligkeit der polnischen Behörden sich ein polnischer Staatsanwalt wohl schon längst meiner liebevoll angenommen haben. Für vorurteillose, denkende Leser genügt wohl der Hinweis, daß diese Behauptung in dem faßsam bekannten „Kurjer Pznanstki“ gestanden hat.

Willigmann, Pastor.

Mit dieser unzweideutigen Erklärung sind auch die Behauptungen anderer polnischer Blätter widerlegt. Denn jener Fanzarenaußatz gegen den Deutschumsbund stand nicht nur im „Kurjer“, sondern in einer ganzen Reihe polnischer Blätter außer ihm. Die völlige Wertlosigkeit solcher Heßartikel und die — sagen wir einmal: Unvorsichtigkeit ihrer Verbreiter geht aus diesem einen Beispiel ein für allemal klar hervor. Wer es bis jetzt noch nicht gewußt hat, der weiß jetzt, was er von solchen Anschuldigungen gegen Deutsche zu denken hat.

Republik Polen.

Die Stellung der Regierung zu den Forderungen der polnischen Facharbeiter.

Ministerpräsident Witos empfangt in der vergangenen Woche Vertreter des Zjednoczenie Zawodow Polskie, die ihm eine Denkschrift überreichen. Der Ministerpräsident verspricht, die Denkschrift dem Ministerrat vorzulegen und, mit Ausnahme einer Forderung, alle Forderungen der Arbeiter zu unterstützen. Sein heißester Wunsch sei, daß die Schöne eines Vaterlandes sich von dessen Gerechtigkeit umgeben fühlen. Er verstehe die Not der Arbeiter, da er die Lohnskala und die wahnsinnige Löhnerhöhung nicht so des Brotes, sondern der Würde, der Kleidung, des Schuhwerks usw. Auf eine Forderung könne er nicht eingehen, nämlich auf die Schließung der Grenzen für die Ausfuhr von Lebensmitteln. Die Schließung der Grenzen würde zur Folge haben, daß eine große Menge von landwirtschaftlichen Produkten, von denen Polen in diesem Jahre die Fülle hat, schlecht würden. Die Vertreter des Z. Z. P. erklärten, sie forderten nicht, daß Produkte überhaupt nicht ausgeführt würden, sondern die Festsetzung von Höchstpreisen im Inland und den Verkauf der Ausfuhrwaren zu höheren Preisen. Das größte Gewicht legten die Vertreter auf die Arbeiterlöhne, die kaum den dritten Teil der Vorkriegslöhne betragen. Der Ministerpräsident verspricht noch einmal, daß er alle Gebel in Bewegung setzen werde, um den Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden. Die Vertreter des Z. Z. P. beabsichtigen, alle Verbandsvorstände einzuberufen, um die Antwort des Ministerpräsidenten zu prüfen und weitere Beschlüsse zu fassen.

Gegen die Ackerhandnahme neuer Aktien-gesellschaften.

Angeichts des großen Mangels an Umlaufkapitalien auf dem Geldmarkt, zu dem in hohem Maße die Finanzierung vieler neuen Aktiengesellschaften beiträgt, teilt das Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Handel und Industrie mit, daß bei der Festsetzung der Satzungen neuer Aktiengesellschaften große Zurückhaltung geübt werden soll. Die Befristung soll durch gewisse Einschränkungen bedingt werden. Die Maßnahme des Ministeriums trägt vorübergehenden Charakter und ist eine Folge der Geldlage.

Das Gesetz über die Forstabgabe

ermächtigt die Regierung zur Erhebung einer einmaligen Forstabgabe von physischen und juristischen Personen, die Besitzer von Waldbeständen sind, die mehr als 50 Hektar umfassen, sowie von Besitzern von Holzmassen im Walde bzw. Waldholzbeständen, die nicht zu Zwecken des eigenen Wiederaufbaus angekauft sind. Die Höhe der Abgabe bemessen die Verwaltungsbehörden erster Instanz im Einvernehmen mit den fachmännischen Organen des Landwirtschaftsministeriums und des Ministeriums für öffentliche Arbeiten. Der Regierung steht das Recht zu, die Abgabe in Natura oder in einem Bargeldäquivalent

zu erheben. Die Abgabe soll für den Wiederaufbau des Landes im Sinne der bestehenden Wiederaufbaugesetze Verwendung finden. Sie gilt in ganz Polen und ist mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft getreten.

Ein mißlungener Anschlag?

In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde in der ulica Królewskiej in Warschau eine starke Explosion gehört. Der wachhabende Schutzmann bemerkte vor dem Hause Nr. 17 einen Mann, der in Flammen und in einer Blutlache lag. Bevor Hilfe kam, war der Unbekannte gestorben. Die Voruntersuchung hat ergeben, daß er durch eine Handgranate umgekommen war, die er in der Tasche hatte. Die Explosion erfolgte vermutlich beim Stolpern. Bei dem Toten wurden keine Dokumente gefunden. Man nimmt an, daß er einen Anschlag geplant hatte. Die weitere Untersuchung dürfte den geheimnisvollen Fall erklären.

Korjanty in Wien.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Abg. Korjanty, der in Wien angekommen ist. Korjanty erklärte, daß seine Reise im Gegensatz zu den verbreiteten Gerüchten jeder politischen Bedeutung entbehre. Er sei in der Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses der polnischen fiskalischen Gruben in Oberschlesien gekommen, um einen Vertrag über die Ausfuhr oberflächlicher Kohle nach Österreich abzuschließen. Bisher beträgt die Ausfuhr 40 000 Tonnen monatlich. Diese Ziffer soll jetzt revidiert werden. Die Verhandlungen herüber sind im Gange und sollen einen günstigen Ausgang verschaffen. Korjanty erklärte dann noch, daß Polen auf Grund des Versailler Vertrages an die Liquidierung der in Schlesien befindlichen deutschen Unternehmungen herantreten könne, jedoch sei die polnische Regierung geneigt, für den Preis der Teilhaberschaft des Staates an diesen Unternehmungen auf dieses Recht zu verzichten. Es sollen gegenwärtig Unterredungen mit den interessierten Faktoren stattfinden.

Aus der polnischen Presse.

Mit der Freiheit der Presse

beschäftigt sich ein Leitartikel des „Przegl. Poranny“ (Nr. 250). Anlaß dazu gibt ihm die vor kurzem in Warschau abgehaltene Pressekonferenz, zu der, wie schon berichtet wurde, nur ein Teil der Presse eingeladen wurde. Das polnische Blatt schreibt:

„Von den Geheimnissen der Pressekonferenz, die am 4. September im Präsidium des Ministerrates mit dem Teil der polnischen Presse stattfand, die in den Augen der Regierung als solche gilt, die das Kabinett unterstützt und ihm politisch dient, ist sogar in die Bürgererschaft sehr viel gedrungen. Entgegen den offiziellen Mitteilungen, die von einer Konferenz der gesamten Provinzpresse sprechen, stellen wir noch einmal fest, daß jene Konferenz nur mit einem bestimmten Teil der Presse stattfand, — oder, um deutlich zu sein: mit der privilegierten Provinzpresse, zu der in Krakau der „Głos“ und die „Krona Reformy“, in Lemberg der „Kurjer Lwowski“ nicht gerechnet wurden, in Posen der „Przegląd Poranny“ nicht die Ehre hatte, gerechnet zu werden. Unser Blatt, das überall und stets auf dem nationalen und staatlichen Standpunkt steht, erfreut sich keiner guten Meinung bei der Nationalregierung. Wir wollen den Inhalt der Beratungen nicht an die öffentliche Meinung verraten, weil wir nicht ernst zu nehmende Auslassungen bestimmter Minister nicht gegen die Regierung ausbreiten und nicht die Autorität des Staates nach außen durch Angabe bestimmter Exposéstellen herabsetzen wollen. Aber über eine der in der Pressekonferenz berührten Fragen müssen wir sprechen. Es ist eine Frage, die in gleichem Maße sowohl die Schreibenden als die Regierenden und die breite Allgemeinheit interessiert. Wir denken hier an das Problem der Pressefreiheit. Aus dem, was die in der geheimen Pressekonferenz nicht vertretenen Blätter brachten, dem die in der Sitzung vertretenen Blätter nicht widersprechen, geht hervor, daß Ministerpräsident Witos bei der Besprechung der Tätigkeit des Innenministeriums sich längere Zeit bei dem vorbereiteten Pressegeß aufhielt. Er erklärte: „Die Regierung schätzt die Pressefreiheit und muß dafür sorgen, daß die Freiheit gesichert ist. Jedoch wird die Regierung gegenüber Leuten, die aus Angriffen auf die Regierung einen Sport machen und die Staatsinteressen gefährden, eine feste Haltung annehmen und sie auf den richtigen Weg bringen müssen. Die Regierung wird das ohne Rücksicht auf die Agitation tun, die schon heute dem Pressegesetz den Namen eines Maulwurfs gibt.“ („Kurjer Pznanstki“ vom 5. September.) Die Freiheit der Presse hat das Konstitutionsgesetz vom 17. März 1921 verbürgt. Wir glauben daran, daß Ministerpräsident Witos die Pressefreiheit schätzt und diese Freiheit gesichert wünscht, geben aber offen zu, daß wir aus dem Munde des Ministerpräsidenten nicht die Worte über die Leute erwarteten, die aus den Angriffen auf die Regierung einen Sport machen und die Staatsinteressen gefährden. Wir erwarten es deshalb nicht, weil wir in Polen gegenwärtig keinen einzigen Journalisten finden, den man in diese Kategorie einordnen

könnte. Wenn der Ministerpräsident sich des Tones der Oppositionspresse während seiner ersten Regierungszeit erinnert, dann muß er im Grunde seines Herzens zugeben, daß der Ton der gegenwärtigen Oppositionspresse ungleich höher steht als der eines Teiles der konservativen Presse, die in der Opposition war. Hat der Ministerpräsident die Schmähungen vergessen, die täglich auf ihn und die polnische Volkspartei in den Spalten der Organe der Nationaldemokratie herniederprasselten? Hat er auch das Wort „Pferdeböde“, den Posener „Wiek“ und den Überfall auf ihn vergessen? Wir glauben nicht, daß ein kurzes Gedächtnis in der Politik eines der Merkmale des Herrn Witos ist. Kein Politiker darf vergessen, daß für einen Mißbrauch der Privilegien der Pressefreiheit auch die öffentliche Meinung zu strafen vermag. Beispiele dafür, für manche traurig und schmerzhaft, liegen nicht sehr weit zurück. Wir sind weit davon entfernt, verschiedene Anschläge zu rühmen, wollen aber, daß man versteht, auf welcher Seite die größere Schuld liegt, und wer im Grunde genommen verantwortlicher vor der Allgemeinheit ist. Die Pressefreiheit ist eine große Errungenschaft der Demokratie und der Neuzeit und muß von allen geschützt werden. Wir zweifeln nicht, daß Witos nicht in den Reihen derjenigen steht, die die Presseprivilegien nur für ihr Lager verlangen und jede Regung eines selbständigen Gedankens dann unterdrücken, wenn er aus dem gegnerischen Lager kommt.“

Noch einmal: Dr. Wachowiak und die Verhältnisse in der Nationalen Arbeiterpartei.

Der hier gestern in Übersetzung wiedergegebene Leitartikel der Sonntagsnummer des „Wiarus Polski“ hat folgende Zuschrift an dieses Blatt zur Folge gehabt (sie bildet den Leitartikel der Dienstaagsnummer des „Wiarus Polski“):

„In der Sonntagsnummer hat der „Wiarus Polski“ einen Leitartikel veröffentlicht, der dem Rücktritt Dr. Wachowiaks als Klubvorsitzender der Nationalen Arbeiterpartei gewidmet war. In diesem Artikel rückt die Redaktion die Sorge um das Wohl der nationalen Arbeiterbewegung in den Vordergrund und will deshalb einmischen, nicht tiefer in die Ursachen eindringen, die Dr. Wachowiak zu seinem Schritte bewogen haben. Außerdem gibt die Redaktion ihrem Bedauern Ausdruck über den Rücktritt Dr. Wachowiaks, der als Klubvorsitzender zweifellos eine sehr positive Bedeutung hatte. Für die Allgemeinheit der Leser und Mitglieder der Nationalen Arbeiterpartei kann eine solche Darstellung der Sache weder eine Erleuchtung noch eine Schließung der Diskussion über dieses Thema sein. Ich bin mir im Gegenteil gewiß, daß die Allgemeinheit ebenso wie ich wünscht, daß der Konflikt innerhalb der Partei, der seit dem Beginn der Verhandlungen über die Bildung der polnischen Mehrheit datiert, genügend beleuchtet und erschöpfend besprochen wird. Dabei bin ich der Meinung, daß eine klare Hinstellung der Dinge dem Wohle der N. A. P. mehr dienen wird als eine Verbergung der Wahrheit. Schade nur, daß man die Frage nicht im Organ der N. A. P. besprechen kann, um die Mitglieder zu interessieren. Die Zeit wird, hoffe ich, die Sache auch in den entlegensten Winkeln aufklären.“

Ich gehe chronologisch vor. Im Februar d. Js. wurde in der Generalversammlung der N. A. P. der neue Vorstand mit dem Architekten Ballenstedt an der Spitze gewählt. Kurz darauf fand in Warschau der Parteikonferenz statt, der der Hauptvorstand wählte. Dieser bildete aus sich im Sinne des Statuts zugleich den Haupt-Vollzugsausschuß. Nun ist die wichtigste Frage, welche Instanz in der N. A. P. über die Richtung der Parteipolitik bestimmt? Denn der Sejmklub kann nicht Politik auf eigene Faust machen, ebenso wie das kein Wojewodschafsvorstand tun kann. Es muß also eine maßgebende Instanz da sein. Und die gibt es. Für die Politik des Sejmklubs ist der Hauptvorstand der N. A. P. und der Haupt-Vollzugsausschuß maßgebend. Wer nicht begreift, daß in einer politischen Partei nur die höchsten Instanzen über die Politik im Sejm bestimmen, und nicht die Teilgebietsvorstände, der denkt anarchistisch. Wenn jeder Teilgebietsvorstand, wie der Posener mit Ballenstedt an der Spitze, eigene Politik machte und den Ton angeben wollte, dann würde es den Untergang der Bedeutung der Partei im Sejm bedeuten. Zwischen dem Sejmklub und dem Posener Vorstand wurde eben auf diesem Boden gekämpft. Der Sejmklub traf ein Abkommen mit dem Hauptvorstand und dem Haupt-Vollzugsausschuß über die Stellungnahme zur Bildung der polnischen Regierungsmehrheit und bestimmte als Ergebnis einer Konferenz, daß die Regierungsbildung nicht behindert werden sollte, daß man mit Witos unterhandeln und für die Arbeiterklasse die Wahrung aller bisher erlangten Rechte garantieren müsse. Der Sejmklub unter Vorsitz Dr. Wachowiaks verfuhr so, wie er es mit den höchsten Instanzen der Partei beschloßen hatte. Die Presse der N. A. P. in Kongresspolen, Kommerellen und Schlesien solidarisierte sich mit dem Hauptvorstand, dem Haupt-Vollzugsausschuß und dem Sejmklub. Die Parteivorstände in diesen Teilgebieten fügten sich der Entscheidung der obersten Parteibehörden. Nur Posen dachte, daß es die Beschlüsse nicht zu respektieren brauche, und machte in seiner Presse auf eigene Faust Politik. Das ist der wahre Hintergrund des Konflikts. Dabei lagen verschiedene andere geringere Vorwürfe gegen die Tätigkeit des

Der Erbe.

Von Wilhelmine Fied. (A. L. Lindner.)

(15. Fortsetzung.)

(Nachdruck untersagt.)

Geschehen würde Bernhard nichts, das war unbedingt gewiß. Nie war, soweit man wußte, ein Utermöhl im Kriege gefallen. Sie hatten alle Glück gehabt und einen dicken Schädel. Lange konnte ja auch dieser Krieg nicht dauern, aber immerhin war er kein Kinderpiel, und so kam vielleicht der Junge als anderer Mensch heim, ernster, vernünftiger, Firtelanz und Unmoral als das erkennend, was sie waren, und wenig dazu. „Vater, ich habe gesündigt im Himmel und vor Dir.“

Dann würde er auch seinen Alten nicht hart finden. Nein, ein Unmensch, der sich einer Abbitte verschloß, war Christoph Utermöhl nicht. Seine Gedanken streckten sich den besseren Tagen, die dem wüsten Wirrwarr folgen würden, erwartungsvoll entgegen. Inzwischen war er umgänglicher, heiterer und weicher als seit langer Zeit.

Eines Tages kam wirklich ein Brief von Bernhard. Des Alten Hände zitterten, als er den Umschlag abriß. Ja, der Junge stand dicht vor dem Ausmarsch. Dem Brief aber merkte man es an, daß er ihn sich gewissermaßen abgerungen hatte im Bedürfnis, ein letztes gutes Wort zu sprechen vor einem Abschied, der ewig sein konnte. Von Abbitte indessen stand nichts darin. Des Vaters Gesicht wurde wieder hart. Er beantwortete den Brief nicht. Erst wollte er sein volles, ganzes Recht. Dann mochte die Gnade hinterher folgen.

Der Krieg nahm seinen Fortgang. Er zerschmetterte Städte und verwüstete Felder. Die Arbeit von Generationen sprengte er blindwütig in die Luft, versenkte sie ins Meer, stampfte sie in den Boden. Die Menschen sprachen, lachten und dachten nichts als den Krieg. Auch nach Mlenzow kamen die Zeitungen, und die Männer setzten nach Feierabend den verstorbenen aufstehenden Frauen auseinander, was sich an Unerhörtem in der weiten, wilden Welt begab. Bisweilen am Sonntag nachmittags kam wohl auch „der Herr“ und versuchte,

an der Hand eines höchst rätselhaft aussehenden Blattes, genannt Kriegskarte, ihnen klarzumachen, wo der Russe, der Franzmann und der verfluchte Engelsmann Schläge getriegt hatten. Aber es drang nur abgeschwächt in ihr Bewußtsein; es war fremd, fern und weit, aber greifbar und täglich fordernd war die altvertraute Arbeit. Jedoch, wenn einmal der Postbote eine Mitteilung vom Feldweibel in dies oder jenes Haus getragen hatte, kam's ihnen allen schreckhaft zur Erkenntnis, daß über jedem einzelnen der Frigen da draußen das Schwert hing. Dann jähren sie sich ängstlich an und dachten: „Wen wird's zunächst treffen?“

Als die Frühlingssonne von 1915 über die mäusefräßigen und schlecht durchgewinterten Saaten wehten, und die ersten wolgigen Weidenläschen an den Bachrändern erschienen, traf es einen, der seltsamerweise nie gedacht hatte, daß es ihn treffen könne. Der Dargeliner Pastor kam zu Christoph Utermöhl mit ernstem Gesicht und gedämpfem Wesen.

„Ach, in was für einer Zeit leben wir. An die lieben, tapferen Jungen! Da heißt es stark sein, alter Freund, an die große, heilige Sache denken, für die sie ihr Leben hingeben.“

Utermöhl meinte zu verstehen.

„Hat Sie's nun erwischt, Pastor? Sie haben wohl schlechte Nachrichten aus dem Feld, wie?“

Der andere blickte Utermöhl erstaunt an.

„Ich nicht, gottlob. Aber, — ja, wissen Sie denn nicht?“

„Was soll ich wissen?“

Als der Pastor ihm die Hand auf die Schulter legen wollte, schüttelte er sie ab.

„Na, heraus damit. Was andere ertragen, werd' ich auch wohl ertragen können.“

Der Pastor räusperte sich.

„Ich hatte einen Brief von meinem Georg, Sie wissen doch, daß er als Sanitäter draußen ist. Neulich ist er unter denen gewesen, die das Schlachtfeld aufzuräumen hatten, bei Loreto. Da hat er — Ihren Sohn — gefunden.“

Christoph Utermöhls Züge spannten sich. Ziehend zog er den Atem durch die Zähne.

„Tot?“

Sterbend. Lieber alter Freund, es tut mir so innig leid, daß ich als Unglücksbote bei Ihnen erscheinen muß —

„Das glaub' ich nicht,“ jagte der Alte grob.

„Wer ist nicht schon alles totgesagt worden, der heute fröhlich herumläuft. Und überhaupt Ihr Georg mit seiner Kurzsichtigkeit. Der wird sich versehen haben.“

Der Pastor schwieg, und endlich hörte auch Utermöhl auf zu reden.

„Zeigen Sie mir mal den Brief, Pastor.“

Seine Hände zitterten, als er die Brille aufsetzte. Das Blatt knisterte und schwankte. Lautlos bewegte er beim Lesen die Lippen. Leider zu spät gefunden — fast verblutet. Aber er erkannte mich. Legte Grüße — an seine junge Frau — Neuburg, Wallstraße 26 —

Utermöhl wandte den Brief mechanisch hin und her, als suchte er noch etwas. Dann legte er ihn hin und sagte mit heißen Lippen:

„Ja — dann ist das wohl so; der Jung' — ja — ja —“

Er stand da wie jemand, der mühsam seine Gedanken vor dem Unbegreiflichen sammelt.

„Pastor, ich dank Ihnen, heute mir, morgen dir. Womit ich natürlich nicht gesagt haben will, daß — na ja. Wundern muß ich mich übrigens, daß ich keine Mitteilung bekommen habe. Jeder Tagelöhner erfährt's doch, wenn sein Sohn —“

„Bei den Verheirateten geht die Nachricht an die Frau.“

Utermöhl biß die Lippen hart zusammen. Er hatte ja nicht einmal gewußt, daß Bernhard verheiratet sei. Vermutlich so eine aberwitzige Kriegstraumung mit Gott weiß wem. Den Segen des Vaters brauchte man dazu ja so wenig wie zu anderen Dingen. Er würde sich auch um diese sogenannte Schwiegertochter nicht kümmern. Das war Sache des Staats; ihn ging's nichts an. Trozig und zornig kochte es in ihm auf und überschrie den Schmerz. Wollen Sie schon gehen, Pastor? Amtshandlung? Dann darf ich nicht nötigen. Aber das neue Füllen können Sie doch noch ansehen. Kapitaler Rader.“ Er sprach nur noch von dem Füllen, während er dem Gast das Geleit über den Hof gab.

(Fortsetzung folgt.)

Teilgebietsvorstandes vor, die aber gegenüber der Tatsache der Nichtachtung von Beschlüssen der obersten Parteibehörden verbleiben. Der Klubvorsitzende Dr. Wachowiak wies im Namen des Klubs häufig auf das ungesunde Verhältnis des Posener Teilgebietsvorstandes zu den obersten Behörden hin. Auf Anordnung des Haupt-Vollzugsausschusses wurde eine außerordentliche Generalversammlung der P. P. A. einberufen und der widerpenfliche Nebatteur der „Pravda“, der die Beschlüsse des Hauptvorstandes fortwährend boykottierte, von seiner Tätigkeit suspendiert. Es kam zum Schluss zur außerordentlichen Generalversammlung, die übrigens ganz unnötig war, da die Sache billiger und schneller durch einen Brief des Hauptvorstandes an den Teilgebietsvorstand erledigt werden konnte, in dem das Aufgeben der eigenen Politik hätte verlangt werden müssen. Und in dieser außerordentlichen Generalversammlung beginnt eine ganz neue Geschichte. Denn es zeigt sich, daß weder der Hauptvorstand, noch der Haupt-Vollzugsausschuß ihre Beschlüsse verteidigen wollen und es gestatten, daß der Teilgebietsvorstand die Verantwortung für die Politik auf den Klubvorsitzenden wälzt, und sogar, daß der nicht die Disziplin achtende Vorstand als Anführer auftritt und die Politik verurteilt. Abg. Chadański als Vorsitzender des Haupt-Vollzugsausschusses und Vizevorsitzender des Sejmklubs, sagte kein verteidigendes Wort für den Klub und die Beschlüsse des Haupt-Vollzugsausschusses und des Hauptvorstandes. Dabei war das, was Dr. Wachowiak vorgeworfen wurde, auch ein Vorwurf für ihn. Wenn Dr. Wachowiak trotz allem seinen Klubvorsitz niederlegt und die Niederlegung des Abgeordnetenmandats ankündigt, dann beruht die Ursache meiner Ansicht nach nicht darin, daß der Wojewodschaftsvorstand der P. P. A. für Großpolen nicht die Beschlüsse der obersten Behörden achtet und eine neue Partei in der Partei schafft, sondern darin, daß gewisse ehrgeizige Männer Anarchie in der P. P. A. schaffen, um den Rest von einflussreichen und unbegleiteten Verehrern der Arbeiterfackel, die nicht unter das Kommando der „roten Radikalen“ treten wollen, „zurechtzufassen“. Diese Männer sind die Herren aus Warschau, die zu uns kommen, um sich Mandate zu holen und uns radikalisierten wollen.

Vom Völkerbund.

In der Montagsitzung.

Wählten die Völkerbundsversammlung und der Völkerbundsrat den früheren Präsidenten der Republik Brasilien, Pessoa, mit 34 von 46 abgegebenen Stimmen zum Mitglied des Internationalen Ständigen Gerichtshofes als Nachfolger des verstorbenen brasilianischen Mitgliedes Barboza. Bello Franco-Brazilien dankte für die seinem Lande erwiesene Ehre, und Simenow-Spanien brachte die Glückwünsche der Versammlung dar. Die Völkerbundsversammlung nahm ferner einstimmig den Freistaat Irland nach Berichterstattung durch Mierowicz-Österreich in den Völkerbund auf. Der Berichterstatter rühmte dabei den Edelmut Englands, das, auf der Höhe seiner Macht, dem Freiheitsdrang des irischen Volkes entgegengekommen sei. Der Präsident der Versammlung beglückwünschte Irland zu seiner Aufnahme und forderte die irischen Delegierten, deren Vollmachten bereits geprüft worden waren, auf, im Hause Platz zu nehmen. Von den Ovationen der Versammlung begrüßt, nahmen die irischen Delegierten ihren Platz ein, worauf ihr Führer, der Präsident des Freistaates Irland, Cosgrave, unter lebhaftem Beifall erst in irischer und dann in englischer Sprache dankte und der Genußnahme des irischen Volkes darüber Ausdruck verlieh, daß es nach langem Leiden und zahlreichen Opfern durch einen internationalen Vertrag endlich den Frieden erhalten und Mitglied der Völkerbundsfamilie geworden sei. Die Feindseligkeiten der Vergangenheit haben werden jetzt nur noch historisches Interesse haben. Irland habe keine Feinde und werde gegen niemand feindselige Gefühle hegen. Es wolle mit ganzer Kraft für aufrichtige Beziehungen zwischen allen Völkern eintreten und zum Wohle der Menschheit mitarbeiten. Die englische Delegation beteiligte sich lebhaft an den Beifallskundgebungen für Cosgrave.

Der italienisch-griechische Konflikt.

Nachdem Griechenland die Entscheidung der Völkerbundsversammlung angenommen und Mussolini erklärt hat, Italien werde Korfu räumen, sobald Griechenland die ihm auferlegten Sanktionen voll und endgültig durchgeführt hat, wird der Zwischenfall als „vorläufig erledigt“ betrachtet, und der Völkerbund braucht die Tagesordnung seiner Sitzungen nicht mit diesen Dingen zu beschäftigen. Die Ausgestaltung des Völkerbundes bei der weiteren Entwicklung der Angelegenheit hat in Italien großen Jubel hervorgerufen. Man sieht darin einen diplomatischen Sieg Italiens, und Mussolini wird in der italienischen Presse mit lauten Tönen gepriesen. Der „Messaggero“ feiert Mussolini als „Politik der Würde, Sicherheit und Klugheit“, die über die „europäischen Intrigen“ triumphiert habe. Italien sei heute größer denn zuvor. Die englisch-italienische Freundschaft sei einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt gewesen. Italiens größte Dankbarkeit gebühre Frankreich. Die „lateinische Gemeinschaft“ werde nun lebendiger empfunden. Denn je der „Nuovo Paese“ bezieht seinen Lebensartikeln: 1. vollständiger Zusammenbruch des Völkerbundes, 2. Wiederherstellung des Rechts der griechischen Großmächte, 3. Wiederherstellung ihres Rechts unter Ausschluß der Neutralen und der kleinen Staaten zu entscheiden, 4. Virtuelle Anerkennung der Autonomie und Freiheit der italienischen Politik im Orient. Die Durchsetzung dieser Prinzipien gegen die englische Politik bedeute eine englische Niederlage und einen italienischen Erfolg. Einmal heißt es urteilt die „Idea Nazionale“, die erklärt, 50 Millionen Entschädigung genügen nur nicht mehr, denn die italienischen Ausgaben steigerten sich von Tag zu Tag, und die Besatzungstruppen auf Korfu könnten erst zurückgezogen werden, wenn Griechenland alle Forderungen Italiens erfüllt habe. Auch die „Tribuna“ kommentiert die Lage mit antienglischen Bemerkungen.

Die englische Auffassung.

In offiziellen Kreisen Englands scheint man im allgemeinen sehr befriedigt über die Entscheidung der Völkerbundsversammlung im griechisch-italienischen Konflikt zu sein. Nur die Frage der Räumung Korfus erregt noch einige Besorgnis. Dagegen glaubt man, daß die Autorität des Völkerbundes wohl gewahrt sei und die Kompetenzfrage nicht „auf die Spitze getrieben“ werden solle. Denn einmal stimme die Entscheidung der Völkerbundsversammlung im wesentlichen mit dem Vorschlag des Völkerbundes überein, sobald aber sei durch die Anregung des Völkerbundes ein Krieg vermieden worden, und das sei der Hauptzweck des Völkerbundes. Der Frage, wer in diesem Streitfall zwischen dem Völkerbund und Mussolini Sieger geblieben sei, geht man scheinbar aus dem Wege. So schreibt der „Manchester Guardian“, man könne die Völkerbundsautorität nur beglückwünschen. Der erste griechisch-italienische Konflikt sei jetzt zu einem glücklichen Ende gebracht worden. In englischen Kreisen hatte man diese Lösung für einen „vollen Sieg“ des Völkerbundes. Andererseits sei aber folgendes anzufügen: Mussolini und Poinears hätten zwar beschlossen, daß die Entscheidung nicht dem Völkerbund übertragen werden solle, und sie hätten hiermit gewonnen. Dagegen bleibe die Räumung Korfus offen, die um so ernster sei, als im Laufe der Woche ein Abkommen zwischen Mussolini und Poinears abgeschlossen worden sei, nach dem sie sich bei ihren Bedingungen (Korfu und Ruhr) gegenseitig zu unterstützen hätten. Schließlich aber habe die Aussicht bestanden, daß die Ruhrfrage und die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund in der Völkerbundsversammlung behandelt werde. Diese Aussichten seien jetzt viel düsterer, da Frankreich im voraus der Unterzeichnung Italiens sicher

sei und das Beispiel Korfus bewiesen habe, daß die zwei Großmächte es mit dem ganzen Völkerbund aufnehmen könnten. Wie nicht anders zu erwarten war, sind „Evening Standard“ und „Evening News“ mit dem Vorgehen der Völkerbundsversammlung vollkommen einverstanden. Dagegen meint der „Star“, die Regelung bedeute nur darum keine weiteren Verwicklungen, da sie den Völkerbund ausschalte und die Völkerbundsautorität an seine Stelle setze.

Korfu als „Pfand“.

Aus London wird gemeldet: Bessermeldungen lassen neuerdings darauf schließen, daß Italien die Absicht habe, Korfu nicht eher zu verlassen, als bis ein Weltfriedensgerichtshof (vermutlich erst nach einigen Monaten) den Betrag der Goldreparationen feststellt und Italien außerdem die Besatzungskosten für Korfu erstattet worden wären. Mussolini erklärte in Mailand gegenüber einem Vertreter der „Daily Mail“, daß Italien nach Erfüllung der Forderungen Korfu räumen würde, was in London keineswegs befriedigte und man setzt in die italienische Haltung erhebliche Zweifel. Man neigt der Ansicht zu, daß Mussolini Korfu als Pfand bei der Austragung des Rume-Konfliktes benutzen will, und zwar gegenüber Südslawien.

Befestigung der Insel Zeros durch Italiener.

Nach einer Havasmeldung teilt die „Epoca“ aus Korfu mit, daß die italienischen Truppen die Insel Zeros ohne Zwischenfall besetzt haben.

Neue Weltkatastrophen.

Erdbeben in Indien.

Am Montag wurde Kalkutta von einem starken Erdbeben heimgesucht. Die Bevölkerung flieht. An Toten und Verwundeten wurden bisher ungefähr 50 Personen verzeichnet.

Folgenreicher Sturm in Kalifornien.

Während eines Sturmes in der Kalifornischen Bucht erschellte am Montag der Postdampfer „Kuba“ mit zahlreichen Passagieren und der Besatzung. Fünfzehn amerikanische Torpedobootjäger liefen zur Hilfeleistung aus. Unterwegs stießen sieben von ihnen auf Felsen und gingen in wenigen Minuten unter. In amerikanischen Kreisen erklärt man sich das Unglück dadurch, daß infolge des eine große Fläche umfassenden Erdbebens zahlreiche unterseeische Felsen, von deren Bestehen nichts bekannt war, nach oben kamen. Von der Mannschaft der sieben Torpedobootjäger sind 28 Leute ertrunken. Die übrigen wurden gerettet.

Aus Stadt und Land.

Posen, 12. September.

Der Sternenhimmel im September.

Der September enthält einen astronomisch wichtigen Punkt der Sonnenbahn; denn am 24. September, morgens 3 Uhr, tritt die Sonne in das Zeichen der Waage, nicht in das Sternbild, in den Punkt der Herbst-Tage- und Nachtgleiche, der Herbst beginnt. Dies lehrt uns auch der Anblick des gestirnten Himmels, wenn wir ihn gegen 8 Uhr betrachten. Da finden wir im Osten schon die Anzeichen des Winters, während gleichzeitig die große Sommergruppe noch hoch am Himmel steht. Eben treten ihre letzten Glieder an den Meridian, Schwan und Adler; Wega in der Leier steht hoch im Zenit. Herkules, Krone und Bootes mit Arktur liegen immer tiefer und immer westlicher. Noch läßt sich auf kurze Zeit unterhalb des Schlangenträgers Ophiuchus der Skorpion auffinden, der, dem südlichen Himmel angehörig, nur im Sommer auf kurze Zeit bei uns erscheint. Auf der östlichen Seite des Meridians haben wir Steinbock, Wassermann, Pegasus und Fische; dann im Nordost die Gruppe Perseus, Andromeda und Cassiopeja, der zugehörige Cepheus steht Zenit nahe. So ist also der große und leicht auffindbare Andromedanebel wieder sichtbar geworden. Tief unterhalb des Poles erhebt sich Capella im Fuhrmann, und die Plejaden erscheinen sogleich im Nordosten, und gegen Winternacht sind Sier und Zwillinge aufgegangen, die ersten Widder der Wintergruppe. Die Milchstraße liegt zur Beobachtung und zum Studium ihres so sehr verwinkelten Baues sehr günstig, östlich des Meridians, fast in nordöstlicher Richtung. Die großen Planeten liegen sehr ungünstig zur Beobachtung. Merkur, Venus, Mars und Saturn sind unsichtbar, weil sie in der Nähe der Sonne stehen. Nur Jupiter ist noch in der Abenddämmerung auffindbar.

Ernte- und Saatenstandsbericht.

Die letzte Woche war verhältnismäßig vom Wetter begünstigt, wenn auch einige Regenschauern nicht ausblieben. So konnte emsig die verspätete Ernte gefördert und Sommerweizen, Getreide usw. eingebracht werden. Die Getreideernte kann mit Ende der Woche als erledigt angesehen werden, wenn auch hier und da noch geringe Mengen auf dem Felde zurückgeblieben sind. In vielen Wirtschaften ist auch Serradella, Lupine und dergl. eingebracht, während diese Früchte an anderen Stellen noch nicht abgemäht sind. Samenleer steht noch zum allergrößten Teil ungemäht. Die Kartoffelernte konnte bisher in größerem Umfang nicht aufgenommen werden, da andere dringende Arbeiten vorlagen. Stoppelferradella und der junge Klee stehen befruchtend, Gründungsgrünsaaten entwickeln sich weiter, ebenso der Kaps. Da viele Feldfrüchte das Feld, auf dem jetzt Wintergetreide zu bestellen ist, erst übermäßig spät räumen konnten, die Arbeiten im Acker nicht in der planmäßigen Weise ausgeführt werden. Man muß sich, angesichts der außerordentlich fortgeschrittenen Jahreszeit, wo die Aussaat in der allernächsten Zeit beginnen muß, meist damit begnügen, den Acker mit nur einmaligem Pflügen zur Einsaat herzurichten. Hierzu kommt noch, daß in dieser schon sehr arbeitsreichen Zeit noch große Mengen Stalldünger auf den Acker gebracht werden müssen. Außerdem läßt es sich in wenigen Wirtschaften nicht umgehen, jetzt einige Tage zu dreschen, da nun endlich Einnahmen geschafft werden müssen, außerdem Korn zu Deputat und Futter und Stroh zu Futter und als Streu gebraucht wird.

Die neuen Richtpreise.

Die Richtpreise für die Zeit vom 12. September bis zum 18. September sind für alle Artikel, mit Ausnahme der Eier, dieselben wie in der Vorwoche, d. h. nicht der Kalenderwoche. Der Richtpreis für eine Mandel Eier wurde auf 33 000 M. heraufgesetzt.

Ein Mißstand auf den Wochenmärkten. In Hausfrauenkreisen wird über einen Mißstand lebhaft geklagt, der auf den Wochenmärkten, besonders des Sapiehaplages, immer weiter um sich greift. Obwohl es bekanntlich den Kleinhändlern verboten ist, auf den Posener Wochenmärkten vor 10 Uhr ihre Einkäufe zu machen, kümmern sie sich neuerdings um diese Bestimmung überhaupt nicht mehr, sondern fallen über die Wagen der ländlichen Marktbefucher her, reizen das Gemüse, Kartoffeln, Geflügel usw. von den Wagen herunter und kaufen um jeden Preis, während unsere Hausfrauen das Nachsehen haben und so oft mit leeren Taschen oder doch mit Lebensmitteln nach Hause gehen müssen, die zu inzwischen erheblich gestiegenen Preisen erworben sind. Es bedarf scheinbar nur dieses Hinweises, um die Marktpolizei

zu veranlassen, über die strenge Beachtung der im Interesse der Allgemeinheit erlassenen Verordnung zu wachen.

Eine „Preisfrage“. In dem Vororte St. Bazanis zählt man für ein Stück deutsche Elfenbeinseife (Armer, Kurzer, erbleiche!) 36 000 M. Dieselbe Seife ist jetzt in einem Geschäft der ul. Broclawska (fr. Breslauerstr.) mit 25 000 M., d. h. also um 11 000 M. billiger, ausgestellt. Man ersieht aus dieser Tatsache einmal den Segen der vorzeitig vorgeschriebenen Preisausschreibungen und andererseits die Notwendigkeit für das Publikum, vor jedem Kaufe erst einmal diese Ausschreibungen genau zu prüfen mit Rücksicht auf den Geldbeutel.

In der Bromberger staatlichen Kunstgewerbeschule sind, wie das Ministerium für öffentliche Arbeiten mitteilt, mit Beginn des neuen Schulfjahres drei neue Abteilungen eröffnet worden. Die erste Abteilung dient der landwirtschaftlichen Industrie. Diese Abteilung hat zum Ziele die Vorbereitung von Technikern für landwirtschaftliche Industrien, die sich mit der Bearbeitung von Zuckerrüben, Kartoffeln und Getreide befassen. (Zuckerfabriken, Mühlen und Kartoffelindustrie.) In diese Abteilung können junge Leute aufgenommen werden, die das Zeugnis über die Abschließung von vier Klassen einer Mittelschule oder sieben Klassen einer Volksschule besitzen. Das Mindestalter für die Aufnahme ist 17 Jahre. Die zweite Abteilung ist ein industrieller Zeichnerkursus. Aufgenommen werden Lehrlinge und andere bis zum Alter von 19 Jahren. Die dritte Abteilung bezieht sich auf industrielles Handwerk. Aufgenommen werden Schüler zwischen 13 und 16 Jahren.

Kurze Freude. Wie der „Dziennik Poznański“ meldet, haben die Diäter „Dziennik Rosciński“ und der „Dziennik Rawickiego“ ihr Erscheinen eingestellt. Am 1. September d. J. erschienen die ersten Exemplare. Den beiden Tageszeitungen war also keine lange Lebensdauer beschieden. Der Grund ist in finanziellen Schwierigkeiten, womit der Verleger Stefanowicz zu kämpfen hatte, zu suchen.

Von der Posener Oper. Heute, Mittwoch: „Traviata“ mit Frau Wandrowska und Herrn Gzarnicki in den Hauptrollen. Donnerstag: Gounods „Faust“ (Wolinski, Urbanowicz, Romejto, Marynowicz). Freitag: „Carmen“ (Wenczowska, Gzarnicki, Jawrocki). Sonnabend: erste Aufführung von d'Alberts „Die toten Augen“ (Wandrowska, Fontana, Rappack, Malamski, Remin. Musikalische Leitung: Wojciechowski. Spielleitung: Tarnowski).

Kinotip. Man schreibt uns: „Der Erdgeist“ bezieht sich der jetzt im „Teatr Paskow“ vorgeführte Film, der wohlverdientes Interesse erweckt. In ihm sind die stärksten Momente des Webedindramas ausgenutzt. Durch das glänzende Spiel der bekannten Schauspieler Wladislaw und Albert Wassermann wurde ein wirklich vorzügliches Film geschaffen, der das neueste Meisterwerk schwedischer Filmkunst ist.

Drei frechen Gaunern in die Hände gefallen ist hier ein Kaufmann aus Lodz, der nach Posen gekommen war, um ein Geschäft zu eröffnen. Er machte durch Zufall ihre Bekanntschaft, als er auf der Suche nach einem Laden war. Das paßte ja ganz vorzüglich, denn der eine entpuppte sich als der angebliche Inhaber eines Geschäftes in der ul. Wodna 6 (fr. Wasserstraße), der bereits soviel zurückgelegt hatte, daß er sich zur Ruhe setzen und seinen Laden anderweitig veräußern konnte. Damit erklärte sich auch — man höre nur! — der zweite Bekannte einverstanden, der sich als angeblicher Eigentümer des Hauses Wasserstraße 6 ausgab. Dem dritten Bekannten blieb nichts weiter übrig, als dem Lodzer Kaufmann die glänzende Geschäftslage des Ladens in allen Ebnen zu preisen, so daß dieser bereits im Stillen im Golde (Verzierung in den 50. bzw. 250 000-Marktscheinen!) zu schwimmen glaubte. Die Abhandlungsumme von 65 Millionen Mark bildete für das Zustandekommen des Ladenverkaufs keinerlei Hindernis. Was blieb also noch weiter übrig, als zum Rechtsanwalt zu eilen und hier einen regelrechten Vertrag abzuschließen, den die beiden Eckknaben, der „Kaufmann“ und der „Hausbesitzer“, mit „ihren“ Namen unterschrieben! Nun sollte die Veräußerungsurkunde vor sich gehen. Doch als der brave Lodzer bereits sein kräftig gepacktes Portefeuille öffnen wollte, erklärte der Rechtsanwalt, daß die Auszahlung der 65 Millionen nicht eher erfolgen dürfe, als bis auch die Schlüssel zum Laden vorgelegt würden. Das war nun dem biederen bisherigen „Ladeninhaber“, außerordentlich fatal, denn er brauchte gerade ganz notwendig Geld. Schließlich begnügte er sich aber mit der einstweiligen Anzahlung von 5 Millionen Mark. Man trennte sich darauf frohen Herzens über das Zustandekommen des realen Geschäfts. Als der brave Lodzer nun am folgenden Morgen in dem Hause Wasserstraße 6 erschien, um sich endlich auch einmal das ersuchte Abrechnungsobjekt, den Laden, persönlich anzusehen, war er nicht wenig erstaunt, einen ganz anderen Ladeninhaber, als den, mit dem er den Vertrag abgeschlossen hatte, vorzufinden. Dieser erklärte ihm zu seiner weiteren Überraschung, daß er niemals daran gedacht habe, seinen schönen Laden aufzugeben, und daß er, der Lodzer, demnach drei geriebenen Lungen ins Garn gegangen sei. Einem tüchtigen Kriminalbeamten, der nun mit der Aufklärung des Schwindels beauftragt wurde, gelang es bereits, zwei Schwindler hinter Schloß und Riegel zu bringen, während der dritte sich einstweilen noch der goldenen Freiheit erfreut, da er nicht aufzufinden ist.

Das Opfer eines Taschendiebes wurde gestern mittag zwischen 12½—1 Uhr eine Dame aus Jersiz, die vom Plac Wolnosci (fr. Wilhelmplatz) aus die Linie 2 zur Fahrt nach der ul. Krzajewskiego (fr. Sedwigstraße) benutzte und beim Aussteigen eine Aktentasche mit 8 Millionen Mark Inhalt verlor. Jeder, der eine verdächtige Person mit der Aktentasche gesehen hat, wird gebeten, bei der Kriminalpolizei seine Angaben zu machen.

Große Einbruchsdiebstähle. Gestohlen wurden: aus einer Fabrik in der Venetianerstraße 6 nach dem Ausreißen eines Fenstergitters folgende Mäslengeräte: 60 Meter Drahtgaze, 8 Meter Seidengaze, 125 Paß Rammswedern, 300 Meter Band, 8 Steinhammer, 2 Tuben mit je 1 Kilogramm roter Farbe, 8 Meter Drilling, ein Filter aus Flanell, ferner 3 Sandbücher, 1 Perlenanzug, eine Briefmappe und andere Gegenstände im Gesamtwerte von 75 Millionen Mark. — Noch höher begiffert ein anderer durch einen Einbruchsdiebstahl Geschädigter seinen Verlust, und zwar auf 80 Millionen Mark, der Inhaber eines Militäreffektengeschäfts in der Bußer Straße 82. Er beklagt den Verlust von 10 Meter Uniformen, 30 Meter Militärmänteln und 8 Meter Anzugstoff, sowie anderer wertvoller Gegenstände. — Endlich wurden noch aus einem Stalle in der ul. Dabrowskiego 132 (fr. Große Berliner Straße) 8 Enten und eine Henne im Werte von einer Million Mark gestohlen.

Beschlagnahmte Diebesbeute. Gestern wurde hier ein junger Mann festgenommen, der im Besitz von 19 Pfund gerauchtem Sied war, den er nach seinem eigenen Geständnis in einem Dorfe bei Obornik gestohlen hat. Der rechtmäßige Eigentümer kann sich an das 1. Polizeikommissariat in der ul. Golebia (fr. Taubensch.) — Wojewodschaft, wegen Auskunft wenden.

Polizeilich festgenommen wurden gestern 8 Betrunkene, 5 Personen wegen Diebstahls, 1 wegen Betrugs, 1 wegen Wetteils, 7 Dirnen, 2 Personen wegen Verdachts gewerkschaftlicher Unzucht.

pw. Lissa, 11. September. Am Sonntag feierten die evangelischen Gemeinden ein festliches Fest. Der Verband evangelischer Jungfrauenvereine hatte zu einer Tagung eingeladen. 450 junge Mädchen hatten sich eingefunden. In dem liturgisch reich ausgestatteten Gottesdienst predigte Superintendent S. Mend über Lukas 12, 39. Danach fand Besichtigung der Stadt und Vortrag über ihre Geschichte und hauptsächlich der beiden evangelischen Kirchen statt. Von 2½ Uhr nachmittags ab entsfaltete sich auf dem schönen Kirchplatz der Johanniskirche ein festliches Treiben. Geiang und Vortragsvorträge wechselten mit Volkskänzen. Reigen und Volksspielen der jungen Mädchen und Antrachen der Verbandssekretärin Fräulein B. Ungerot h. Posen und Pastor W. L. Lissa an. Der vom schönsten Wetter begleitete Tag endete mit einer Aufzählung eines religiösen Volksfestes im Evangelischen Gemeindehause, das bei dem ungeheuren Andrang von den Darstellern, Mädchen des Rawitscher Jungfrauenvereins, zweimal hintereinander vor völlig ausverkauftem Hause gegeben wurde.

